

Für die große Koalition

Stresemanns Rede vor dem Zentralvorstand der deutschen Volkspartei

Berlin, 24. November. In dem Referat des Reichsaussenministers Dr. Stresemann vor dem Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei über das wir im Sonntagsblatt kurz berichteten, sagte sich Dr. Stresemann in seinem Bericht über die politische Lage zunächst mit der Kritik auseinander, die hier und da in der Form geübt wurde, daß man sich nicht an der Reichsregierung beteiligen, sondern der Sozialdemokratie allein die Verantwortung hätte überlassen sollen. Diese Auffassung sei entschieden zurückzuweisen. Wenn heute das Bürgertum insgesamt jede Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie ablehnen würde, so würde es selbst die Schuld an der Radikalisierung der Sozialdemokratie und an der Stärkung der Kommunisten tragen. Wir haben demgegenüber das größte Interesse daran, daß der Staatsbürgerliche Gedanke in der Sozialdemokratie selbst gestärkt wird, um denjenigen Teil der Sozialdemokratie, der ein Zusammenwirken mit dem Bürgertum anstrebt, nicht zu schwächen, sondern zu stärken. Allerdings ist

unser Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie ebenso eine reine Verzichtnahme,

wie es diejenige mit der Deutschen Nationalen Volkspartei war. Gewiss haben wir mit der Haltung der Sozialdemokratie in der Panzerkreuzerfrage eine starke Belastung aufnehmen müssen. Die Haltung in dieser Frage war die Frucht einer streupfaffen Wahlqualifikation, an der aber nicht allein die Sozialdemokratie beteiligt war. Wir verstehen

die Kritik an dem parlamentarischen System in der Form, die es bei uns angenommen hat. Sie darf aber nicht da einsehen, wo ihre Argumente der Durchschlagkraft entbehren. Das gilt besonders für die Frage der

Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten.

Man wird aus dem Amt des Reichspräsidenten stets das machen können, was die Verantwortlichkeit des Reichspräsidenten aus dieser Stellung selbst macht. Wir haben in der Weisheit gesehen, daß der Monarch eines Staates, dessen Verfassung ihm eigentlich nur eine dekorative Stellung zuweist, tatsächlich die Weltpolitik maßgebend beeinflusst hat, während der Monarch eines anderen Staates, bei einer eigentlich unbeschränkten Machtbefugnis, in seinem Land in Wirklichkeit nur die Marionette seiner Umgebung war.

Die Auseinandersetzung mit dem Stahlhelm

hat nichts zu tun mit der Stellung des Stahlhelms zu diesen Fragen, sondern ist erfolgt wegen seiner Stahlhelm-Botschaften, in denen erklärt wird, daß der Stahlhelm den bestehenden Staat baffe. Wenn unsere Freunde im Lande sich entschlossen haben, die Entwicklung des Stahlhelms abzuwarten, so ist es, wie ihre Erklärungen belegen, aus der Erwägung heraus gesehen, daß sie ihren gesamten Einfluß geltend machen wollen, um den Stahlhelm auf diejenige überparteiliche Stellung zurückzuführen, in der allein seine Berechtigung liegen kann.

In Bezug auf die Verbesserung der heutigen parlamentarischen Verhältnisse sind wir insbesondere der Auffassung,

die Immunität der Abgeordneten

nicht zu einem völlig einseitigen Vorrecht zu machen, und halten insbesondere für unerträglich, daß die Vorbereitung irgendwelcher Aktionen gegen den Staat unter der Schutzhülle der parlamentarischen Immunität gestellt wird. Wir wünschen eine

Änderung des Wahlrechts,

die die persönliche Beziehung des Abgeordneten zu seinen Wählern wieder herstellt, und hoffen, daß wir unter dem Einfluß der heutigen Wahlkreisumteilung das letzte Mal gewählt haben. Wir fordern ein anderes Wahlrecht unter Aufrechterhaltung des Verhältniswahlrechts, aber unter Verkleinerung der Wahlkreise und dem dadurch gegebenen persönlichen Wettbewerb der Abgeordneten, von denen früher jeder Mensch in Deutschland wählte, in welchem Bezirk sie gewählt waren, während die heutigen Reichstimmzettel die Erkenntnis dieser Beziehungen vollkommen unmöglich machen. — Wir stehen programmatisch auf dem Standpunkte der

Erstreckung des Einheitsstaates,

der unser Ideal darstellt. Wir können ihn aber nach meiner Auffassung nicht im Wege des Zwanges herbeiführen, und wir sollten uns auch vor Teilschlüssen hüten, die eine übermäßige Aufnahmefähigkeit der Staaten gegenüber einigen bestehenden Ländern schaffen, weil dann die Gegenseite schwerer auszutragen wäre, als es heute der Fall ist. So wie einst der Zollverein das Deutsche Reich geschaffen hat, so wird auch die Wucht der wirtschaftlichen Tatsachen die beste Förderung des Zusammenschlusses der Länder sein, von denen nicht nur die kleineren, sondern auch größere Staaten heute die Frage erwägen, ob es Sinn für sie hat, die Selbstständigkeit noch weiter zu bewahren. Es ist nicht richtig, daß die Kultur unter dem Aufgeben der Selbstständigkeit einzelner Länder leiden muß.

Außerordentlich begrüße ich die Anregung des Reichsjustizministers, den Begriff der deutschen Staatsangehörigkeit gegenüber dem Ausland zu schaffen, da es unerträglich ist, daß, während die gesamte Welt aus Deutschland und Deutsche nennt, in den Ausweisen eines Deutschen in der Welt dieser Begriff verpönt und durch die deutsche Kleinstaatenerei ersetzt wird. Wir sind einmütig in der Auffassung, daß eine

Mitarbeit der Partei auch an der preussischen Regierung erwünscht

ist. Die Frage wird augenblicklich überschattet durch die Auseinandersetzungen über den erst. Abschluß einer Vereinbarung zwischen Preußen und der Kurie, eine Frage, zu der wir Stellung nehmen müssen unter dem Gesichtspunkt der Partei, die auf dem Boden reinlicher Tugendhaftigkeit steht und einen vernünftigen Ausgleich zwischen den Interessen des Staates und unserer katholischen Mitbürger erstrebt, aber die sinnemäßige Anwendung einer solchen Vereinbarung mit der katholischen Kirche auch auf die evangelische Landeskirche verlangt. — In Bezug auf

die außenpolitische Lage

verwies Dr. Stresemann auf die Erklärungen, die er vor wenigen Tagen im Reichstag abgegeben habe, und betonte dabei die Bedeutung der Entscheidung der kommenden Reparationsverhandlungen. Gegenüber der Auslandskritik an seiner angeblich aggressiven Rede im Reichstag bemerkte er, daß Deutschland sozial Reichen des anten Willens gegeben habe, daß es wirklich Reicht sei, daß nun die moralische Abrechnung bei den anderen Ländern befinde. (Leb. Zustimmung.)

Dr. Stresemann schloß seine etwa einstündige Rede unter dem härmlichen Beifall der Anwesenden mit dem Appell, daß die Deutsche Volkspartei auch in Zukunft bei ihrer Politik sich nicht leiten lassen würde von Schlagworten, sondern von nationaler und sittlicher Verantwortung.

Es folgte dann die Diskussion, über deren Verlauf bereits berichtet wurde. Dabei nahm auch

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

das Wort zu folgenden Ausführungen über „Grundzüge deutscher Wirtschaftspolitik“. Bei der kritischen Beurteilung unserer Wirtschaftslage sei zwar die Darlegung von krisenhaften Zu-

ständen und Not auf weiten und wichtigen Gebieten der Wirtschaft erforderlich. Ueber diese Einzeldarlegung dürfe aber das Kernproblem nicht zu kurz kommen, das in dem drückenden Kapitalmangel und der Hemmung von Kapitalneubildung aus eigener Kraft läge. So drückte das Problem der

Deckung unseres Kapitalbedarfs

in den Mittelpunkt der von den Sachverständigen für die Endlösung der Reparationsfrage anzustellenden Untersuchungen und gleichsam immer mehr in den Mittelpunkt der deutschen Wirtschaftspolitik überhaupt. Es erwies sich daraus die dringende Forderung stärker Förderung der Kapitalneubildung, sparsamer Wirtschaft und produktiver Anlage des Sparkapitals.

Wenn für die Wirtschaftspolitik der Gegenwart und nächsten Zukunft das Reparationsproblem beherrschend sei, so läge überhaupt in der Unternehmung der Außenpolitik eine Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik. Einer politischen Verständigung mit den Westmächten sei von der Wirtschaftspolitik durch Förderung und Begünstigung industrieller Verständigungen auf dem Gebiete von Kali und Chemie sowie der internationalen Rohstoffgemeinschaft vor allem durch den Abschluß des deutsch-französischen Handelsvertrages vorzuarbeiten. Den Berliner Vertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion ferner hätte die Wirtschaftspolitik den Abschluß des bekannten Dreihundertmillionenkreditgeschäftes folgen lassen. Sie suchte gegenwärtig die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Rußland wieder anzuknüpfen. Wirtschaftsverhandlungen mit einer Reihe von Staaten des Ostens seien in jüngerer Vergangenheit in rascher Folge geführt worden. Die Wirtschaftspolitik erblicke in der

Wiedererschließung der stillen Märkte

eines der wichtigsten Ziele der deutschen Wirtschaft. Habe die Wirtschaftspolitik auf solchen Wegen die Außenpolitik vorbereitet, begleitet und unterstützt, und wirke sie damit ihrerseits an der Erhaltung des Befreiungszieles mit, so habe sie im Innern nicht

die Pflege des Binnenmarktes

vernachlässigt. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Rationalisierung schlossen sich ebenso wenig an, wie Förderung des Exports und Pflege des Binnenmarktes. Er, der Reichswirtschaftsminister, lege sich insbesondere auch für die Maßnahmen zur Debung der Krise in der Landwirtschaft ein. Vordringliche Aufgabe der Binnenwirtschaftspolitik sei weitestgehende Erleichterung der Wirtschaft auf allen Gebieten. Erfolgreicher Wettbewerb mit der ausländischen Produktion sei dann nicht möglich, wenn die Produktionskosten aus dem Rahmen der Weltwirtschaft herausfielen. In diesem Zusammenhang müsse er es ansprechen, daß bei unserer anheim Konjunkturlage eine allgemeine Lohnbewegung ein Unglück, ihr Jangaugbringen eine Schädigung der Gesamtwirtschaft bedeute.

Polnischer Vorstoß gegen die Rheinlanddrängung

Erst ein Ostlorenz!

Warschau, 24. Nov. Die politischen Rechtsparteien und die Piast-Partei haben gestern im Sejm den Dringlichkeitsantrag eingebracht, die Regierung möge alle Schritte unternehmen, damit dem Artikel 429 des Vertrages von Versailles Genüge geschehe, in dem bestimmt werde, daß die Annäherung des Rheinlands mit einer genügenden Anzahl gegen deutsche Angriffsmaßnahmen verbunden sein müsse. Zur Stützung des Antrags wird Bezug genommen auf die Reichstagsansprachen vom 15. und 16. sowie 19. und 20. November, in denen festgehalten worden sei, daß die deutschen Rüstungen gegen Polen, vor allem gegen Polen, gerichtet seien, sowie daß die Vertreter verschiedener Parteien die Forderung einer Aenderung der deutsch-polnischen Grenze erhoben hätten, endlich, daß am 15. September in Genf die Verhandlungen über eine vorzeitige Rheinlanddrängung angebahnt worden seien.

72 Bombenanschläge gegen Deutsche

Warschau, 25. Nov. In der heutigen Budgetdebatte, in der die Diskussion über den Etat des Innenministers in dem Haushaltsauschuss fortgesetzt wurde, sprach u. a. auch der deutsche Abgeordnete aus Oberschlesien, Krajczurki. Er verwies vor allem auf den Rekord von Bombenwürfen in

Verfälschung im Befinden des Königs von England

London, 25. November. Das amtliche Bulletin von 8 Uhr abends besagt: Der König verbrachte einen unruhigen Tag infolge Steigens des Fiebers, jedoch ist keine Kräfteabnahme zu verzeichnen.

Die Beisetzung des Fürsten von Reuß

Gera, 25. Nov. Unter außerordentlich großer Anteilnahme aller Schichten der Geraer Bevölkerung und anderer Teile des Landes gingen am Sonntag die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Fürsten Heinrich XXVII. Reuß I. E. vor sich. Um 12 Uhr mittags fand in der Kapelle an der Schloss-Osterstein, wo die Leiche des verstorbenen Fürsten aufgebahrt war, eine Trauerandacht statt, der zahlreiche Vertreter deutscher Fürstendhäuser bewohnten, so als Vertreter des ehemaligen Kaisers der Prinz Eitel Friedrich und als Vertreter des Czaren Ferdinand von Bulgarien Hofmarschall v. Weich. Die thüringische Regierung vertrat Staatsminister Dr. Paulsen. Die Trauerrede hielt der ehemalige Vösprediger Kirchenrat Auerbach. Um 14 Uhr fand die Ueberführung der Leiche in einem Kraftwagen nach Schleiz zur Bergkirche statt. Der Wagen wurde von militärischen Vereinen und Korporationen eskortiert. Um 6 Uhr traf die Leiche in Schleiz ein, wo ebenfalls militärische Vereine und städtische Behörden mit einem Fackelzug die Leiche einholten und zur Bergkirche geleiteten. Dort findet im Erbbegräbnis der Fürsten von Reuß die Beisetzung des verstorbenen Fürsten am Montagmittag statt.

Hindenburg bei einer Heilungsgedächtnisfeier

Berlin, 25. November. Die Vereine der früheren Truppenteile der Garnison Berlins veranstalteten am Totensonntag in der neuen evangelischen Garnisonkirche einen Gedächtnisgottesdienst für die auf dem Felde der Ehre gefallenen Kameraden. Nach dem Einmarsch der zahlreichen Fahnenabteilungen erschien Reichspräsident v. Hindenburg in der Generalfeldmarschalluniform, begleitet von seinem Sohn, Major v. Hindenburg, sowie dem leitenden Chef der Regimente, Divisionspfarrer Viz. Jrmser hielt die Gedächtnisrede.

Einstimmung wurden Entschlüsseungen zur Wirtschaftspolitik und zur Sozialpolitik im Sinne der Rede des Reichswirtschaftsministers angenommen. Ferner wurde eine

Entschlieung zur Außenpolitik

angenommen, in der es heißt: Auf den verschiedensten Wegen hat Deutschland versucht, die Verständigung mit seinen Gegnern herbeizuführen. Die Verständigungs- und Friedenspolitik ist Gemeingut des denkenden deutschen Volkes. Der Sieg dieses Gedankens im deutschen Volke ist um so mehr anzuerkennen, als er von einem Volke ausgegangen ist, das wie kein anderes die erbarungslose Härte des Diktates seiner Gegner in dem Leben des ganzen Volkes spüren muß.

Wir bekennen uns zu der Politik, die zum Abbruch des Ruhrkampfes, zu der Verständigung über die Schuldregelung, zu den Abmachungen von Locarno, dem Eintritt in den Völkerverbund und zur Unterzeichnung des Kellogg-Pactes geführt hat.

Wir haben mit Bewußtsein eine Politik bestritten, die durch diese Vertragswerke zugleich die Verbindung mit dem finanziell mächtigsten Volk der Welt angebahnt hat, ohne dessen Mitwirkung der Wiederaufbau unserer eigenen Wirtschaft nicht möglich gewesen wäre. Folgerichtig hat die Verständigungspolitik zu den Abmachungen von Locarno geführt, die von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes bis weit in die Kreise der Rechten getragen worden sind. Wir sehen als das Wichtigste in dem Locarno-Abkommen an: die Sicherheit am deutschen Rhein und die Verbindung der Fortsetzung der französischen Rheinpolitik gegenüber Deutschland.

Wir bedauern, daß die Auswirkungen des Vertrages von der Gegenseite nur abgerud und widerwillig, wie bei der Besetzung der Truppenzahl, erfolgt sind. Wir anerkennen, daß die frühere Behauptung, der Termin der Rheinlanddrängung habe noch nicht zu laufen angefangen, aufgegeben worden ist, und daß man ferner die Aufrichterhaltung der Besetzung nicht mehr mit Gründen der Sicherheit begründet (?).

Wir stellen aber fest, daß dem Rechte Deutschlands auf die Gesamtäumung bis heute noch nicht Genüge geschehen ist, und bedauern aus tiefster, daß die freibührende Tat der Abmachungen von Locarno durch die groteske Tatsache entwertet worden ist, daß dieser Friede dem deutschen Volke durch 60 000 Bajonette im Rheinland verunbilligt werden soll.

Wir fordern die moralische Abrechnung unserer Gegner, die Deutschland durch die Besetzung behandeln, als wären wir im Kriege, und die herrschende Bewegung in Deutschland die auf Frieden und Verständigung die europäische Politik gegründet wissen will, aufs schärfste schädigt.

Wir erwarten und ersehnen den Tag, an dem das Rheinland und das Saargebiet frei sind, aber mit der rheinischen Bevölkerung lehnen wir es ab, dafür Reparationsverpflichtungen auf uns zu nehmen oder nach Ablauf der Besetzungsfrist fortdauernde Kommissionen noch weiter auf unserem Boden zu dulden.

Für die Führung der Reparationsverhandlungen stehen wir auf dem Boden der Rede, die der Reichsaussenminister am 19. November im Reichstag gehalten hat.

Polnische Militärflugzeuge über deutschem Boden

Oberschlesien, die mit ganz wenigen Ausnahmen, gegen die Deutschen unternommen worden seien, und erklärte dann, daß in der letzten Zeit zu den bereits 70 Bombenanschlägen noch zwei neue hinzugekommen seien, die gleichfalls gegen die Deutschen gerichtet waren. Trotz vertriefter verfassungsmäßiger Rechte hätten die Deutschen in Oberschlesien keine Versammlungsfreiheit, sie seien der Willkür und den feindseligen Intrigen des Westmarfvereins schutzlos ausgesetzt. Die deutschen Gastwirte, die ihren Saal den Deutschen für ihre Versammlungen vermieteten, würden mit Repressalien bedroht, die auch sehr oft durchgeführt würden. Wenn aber in Oberschlesien ein Gastwirt sich einmal weigere, den dortigen Polen einen Saal zur Verfügung zu stellen, dann werde er durch einen Spruch der Gemischten Kommission dazu gezwungen.

Polnische Militärflugzeuge über deutschem Boden

Meeritz, 24. Nov. Südlich von Meeritz wurden drei Flugzeuge beobachtet, die von Westen kommend, der polnischen Grenze zustrebten. Die jetzt festgehalten wurde, handelte es sich um polnische Armeeflugzeuge. Sie flogen dicht hintereinander. An den Abzeichen waren sie als polnische Flugzeuge deutlich erkennbar. Wie weit die polnischen Flieger im Innern Deutschlands waren, ist ansicht noch nicht festgestellt.

Direktor Damm in Polizeigewahrsam

Berlin, 25. Nov. Die eintägigen Finanztransaktionen des Direktors des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungsgesellschaften, Paul Damm, beschäftigen nunmehr auch die Berliner Kriminalpolizei. Damm, der am Sonnabend mittag aus seiner in Zehlendorfs befindlichen Wohnung von zwei Kriminalbeamten abgeholt wurde, befindet sich in Polizeigewahrsam. Wenn auch ein förmlicher Haftbefehl gegen ihn zurzeit noch nicht erlassen ist, so darf er sich aus dem Dienstgebäude des Polizeipräsidenten nicht entfernen. Bei den bisherigen Vernehmungen beteuerte Damm immer wieder, daß er aus den Geschäften, die er auf Rechnung des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungsgesellschaften getätigt hat, für sich keinerlei Nutzen gehabt hätte, auch habe er von Seiten des Verbandes ausreichende Vollmachten erhalten. Der Vorsitzende des Ausschusses, Gehelmar v. Marwitz, habe von allen seinen Geschäften gewußt, ohne Einspruch zu erheben. Den Angaben Damms steht natürlich die Tatsache gegenüber, daß er als Direktor des Verbandes öffentlicher Feuerversicherungsgesellschaften nur die Aufgabe hatte, sich lediglich mit Verwaltungsfragen zu befassen. Marwitz, auf den sich Damm immer wieder beruft, ist von der Polizei bisher noch nicht gehört worden. Nachdem die Affäre nunmehr die Strafbehörden beschäftigt, kann es in den nächsten Tagen vielleicht zu einer Reihe auffehenerregender Verhaftungen kommen. — Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß bei den zuständigen Behörden Zweifel an der geistigen Zurechnungsfähigkeit Dr. Damms aufgetaucht seien. Das bevorstehende Verfahren gegen Dr. Damm soll infolgedessen auch auf die geistige Zurechnungsfähigkeit des Beschuldigten ausgedehnt werden. Es ist richtig, daß Dr. Damm, obwohl das gegen die Statuten verstoße, in Plandirektorenstellen Geschäfte gemacht habe, die sich auf etwa neun Millionen Mark belaufen.

